Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 17/162
24.01.2018

Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

7. Sitzung (öffentlich)

24. Januar 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 18:00 Uhr

Vorsitz: Dr. Patricia Peill CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 Gesetz zum Abbau unnötiger und belastender Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen – Entfesselungspaket I **6**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/1046

APr 17/141

Der **Ausschuss stimmt** dem **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 17/1046** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen **zu.**

2 Windenergieausbau in Nordrhein-Westfalen wieder in geordnete Bahnen lenken – Akzeptanz für die Windenergie sichern 16

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/526

Ausschussprotokoll 17/137

Der **Ausschuss lehnt den Änderungsantrag** der Fraktion der AfD **Drucksache 17/1816** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP gegen die Stimmen der AfD-Fraktion **Drucksache17/1816 ab.**

Der **Ausschuss stimmt** dem **Antrag** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **Drucksache 17/526** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen bei Enthaltung der AfD-Fraktion **zu.**

3 Alte Straßen schnell, ressourcenschonend, umweltfreundlich und günstig sanieren. 26

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/1444

Der **Ausschuss lehnt** den **Antrag** der AfD-Fraktion **Drucksache 17/1444** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP gegen die Stimmen der AfD-Fraktion **ab.**

4 Verschmutzung der Weser 29

Vorlage 17/346

– Der Ausschuss diskutiert mit MR Arnold Schmidt (MULNV) über verschiedene Fragestellungen.

5 Afrikanische Schweinepest 32

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/472

– Bericht von Ministerin Christina Schulze Föcking (MULNV), Aussprache.

6 NRW-Programm Ländlicher Raum (ELER) 2014 bis 2020 37

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/445

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht **Vorlage 17/445** zur Kenntnis.

7 Tierquälerei-Vorwürfe im Schlachthof Düren 38

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/473

– Diskussion.

8 Was tut die Landesregierung gegen den Deponienotstand? 42

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/444

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht **Vorlage 17/444** zur Kenntnis.

9 Arbeitsplanung des MULNV für das Jahr 2018 43

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/488

– Kurze Aussprache.

10 Kartellamtsbedenken bei der Holzvermarktung – Strategie der Landesregierung 45

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/460

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht **Vorlage 17/460** zur Kenntnis.

11 Welches Ministerium in NRW ist zuständig für den ländlichen Raum? 46

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/458

– Kurze Aussprache.

12 Antibiotikaeinsatz in der Landwirtschaft 47

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/471

– Der Ausschuss diskutiert über verschiedene Fragestellungen.

13 Entwurf der zweiten Verordnung zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz 52

Vorlage 17/446

Der **Ausschuss wurde angehört**.

14 Welche Auswirkungen hat der Orkan Friederike für die Wälder in NRW? 53

Bericht
der Landesregierung

– Ministerin Christina Schulze Föcking (MULNV) berichtet.

1 Gesetz zum Abbau unnötiger und belastender Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen – Entfesselungspaket I

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/1046

APr 17/141

Vorsitzende Dr. Patricia Peill merkt an, der Gesetzentwurf sei vom Plenum in seiner Sitzung am 16.11. letzten Jahres federführend an den Wirtschaftsausschuss sowie zur Mitberatung unter anderem an den Umweltausschuss überwiesen worden. Sie verweise auf die durchgeführte Anhörung am 18. Dezember letzten Jahres – vgl. APr 17/141.

Bianca Winkelmann (CDU) betont, der Gesetzentwurf betreffe den mitberatenden Umweltausschuss in zwei bestimmten Punkten. Zum einen gehe es um die sogenannte Hygieneampel – Artikel 4 – Aufhebung des Kontrollergebnis-Transparenz-Gesetzes. Das Ganze werde durch das Entfesselungspaket I wie der abgeschafft. In allen Gesprächen, die man zurzeit im Lande führe, finde ein großes Aufatmen gerade bei kleineren Familienbetrieben, bei den Bäckereien vor Ort, bei den Schlachtereien vor Ort statt, da dieses An-den-Pranger-Stellen, das letztlich durch die Durchführung der Hygieneampel passiert wäre, wieder zurückgenommen werden solle.

Das bedeute im Umkehrschluss nicht, dass nicht Lebensmittelkontrollen in entsprechendem Umfang weiterhin stattfinden müssten. Daran zweifle niemand. Überall, wo Lebensmittel produziert, hergestellt und verkauft würden, müsse Wert darauf gelegt werden, dass Kontrollen durchgeführt würden. Das habe bisher in hervorragender Weise im Land Nordrhein-Westfalen funktioniert. Sie sei froh, dass dieses unnötige Bürokratiemonster jetzt abgeschafft werde.

Ein weiterer Punkt betreffe Artikel 7, das Widerspruchsverfahren in der Zuständigkeit des LANUV. Dies solle wieder mit dem Gesetzentwurf abgeschafft werden. Dazu habe es in der vergangenen Woche eine Anhörung des Rechtsausschusses gegeben, an der sie teilgenommen habe. Es sei klar herausgestellt worden, dass das der richtige Weg sei. Ihre Fraktion unterstütze den Gesetzentwurf an der Stelle vollumfänglich und bitte, ihm zuzustimmen.

André Stinka (SPD) erinnert daran, welche enorme Entfesselung die Hygieneampel ausgelöst habe. Wer sich die Anhörung zu Gemüte führe, sehe, dass von den Regierungsfraktionen ein unglaubliches Bürokratiemonster aufgeblasen worden sei, das dann in sich mit einem Nadelstich zusammengefallen sei. Auf Nachfrage seitens seiner Fraktion – es seien ja auch Alternativmodelle beispielsweise von der DEHOGA und vom Handwerk vorgeschlagen worden – habe niemand erklären können, a) wie diese Alternativmodelle aussähen, b) welche Bürokratieeinsparung sie brächten und c)

werde gesagt, dass hier große bürokratische Hemmnisse gerade für mittelständische Unternehmen entstehen sollten. Dazu habe es keinerlei Ausführungen gegeben.

Die Sozialdemokraten würden sehr wohl anerkennen, dass man gerade im Bereich der Metzgereien, der Bäckereihandwerke über einen Strukturwandel rede. Das aber an der Hygieneampel festzumachen, mache deutlich, dass die Anhörung dazu keinerlei Hinweise gegeben habe. Besonders schade sei die Tatsache, dass die DEHOGA – das habe er schon im Wirtschaftsausschuss am Morgen gesagt – immer wieder das Beispiel angeführt habe, dass man, wenn einmal eine Verfehlung festgestellt worden sei, an den Pranger gestellt werde. Wer sich das Gesetz genau anschaue, sehe, dass es Übergangsfristen gebe und dass Nachprüfungen möglich seien.

Er bezweifle nicht, dass es die Prüfungen nicht mehr gebe. Es gehe aber um Transparenz, und es gehe darum, dass Verbraucherinnen und Verbraucher über den Zustand von Unternehmen, die gerade beschrieben worden seien, aufgeklärt werden sollten. Die Anhörung sei sehr erhellend gewesen. Es gebe keine Hinweise, dass Bürokratie eingespart werde. Das Einzige sei, dass hier ein Riesenmonstrum in sich zusammengefallen sei und dass Verbraucherrechte nicht vernünftig gewürdigt würden. Klar sei, wie die SPD zu dem Thema stehe.

Carsten Löcker (SPD) legt dar, er sei bis heute nicht dahintergekommen, wieso CDU und FDP das Thema „Abschaffung der Hygieneampel“ unter der Überschrift Entfesselungspaket führe. Die gewählte Überschrift solle ja öffentlich deutlich machen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher etwas Positives erwarten könnten, wenn diese Hygieneampel abgeschafft würde.

In dem Zusammenhang seien ein paar Fragen erlaubt: Mehr Transparenz beim Einkauf oder Verzehr von zubereiteten Lebensmitteln – er frage, ob das verbessert werden solle. Er frage, ob die Mindestanforderung bei der Verarbeitung und der Zubereitung von Lebensmitteln thematisiert worden sei oder ob es die Mindestanforderungen beim Personal in der Endverarbeitung seien. Das sei ein wichtiges Thema. Es gehe ja nicht nur um irgendwelche Unternehmen. Es gehe auch um Endverbraucherverarbeitung, also das, was man im Restaurant hingestellt bekomme, und wie das verarbeitet worden sei. Das alles komme in dem Paket nicht vor. Es werde so getan, als wenn man mit einem Federstrich entfesseln könne und das Thema erledigt sei.

Die Wahrheit liege ganz woanders. Damit werde überhaupt nichts entfesselt. Es werde nur so getan, als würde etwas entfesselt und es wäre hinterher für die Verbraucherinnen und Verbraucher besser. Er könne das nicht erkennen. Er habe mindestens zehn Jahre in der Gastronomie gearbeitet, sei gelernter Koch und habe eine Menge Fachwissen darüber, was in den Unternehmen, in den Gaststätten ablaufe mit Blick auf die Zubereitung von Lebensmitteln. Das, was man wirklich beklagen sollte und entfesseln müsste, wäre der Aderlass der Fachlichkeit, der nicht nur in der Gastronomie, sondern auch beim Bäckerhandwerk und Metzgerhandwerk festzustellen sei. Da werde verarbeitet, und zwar nicht nur im Restaurant, sondern auch beim Metzger, beim Bäcker. Jeden Morgen könne man sich da frische Brötchen abholen, Frikadellen, das schätz-

ten alle sehr. Was die Damen und Herren, die fleißig arbeiteten, mit all den Widrigkeiten, die sie jeden Tag vorfänden, wirklich beklagen würden, sei, dass zehn, 15 Jahre Deregulierung in Europa maßgeblich dazu beigetragen habe, dass die Fachlichkeit in den Gaststätten, Metzgereien, Bäckereien abhanden gekommen sei. Das sei so, weil man heute nach sechs Wochen – man mache einen Schein – in der Lage sei, ein Restaurant zu eröffnen. Er wolle nicht im Einzelnen beschreiben, was da alles gemacht werde. Er wolle auch keinem Direktvermarkter zu nahe treten. Er wisse, dass da viel Gutes gemacht werde und dass sie auch gute Lebensmittel verarbeiten würden.

Was man erleben würde, sei aber auch das Gegenteil davon. An vielen Stellen erlebe man, dass selten Leute in der Lage seien, überhaupt Lebensmittel frisch tatsächlich vernünftig zu verarbeiten. Wenn er in seinen drei Lehrjahren eines gelernt habe, dann sei es Lebensmittelkunde und Hygiene. Es sei kein Zufall, dass man das ein Jahr lang lerne, weil es nicht nur darum gehe, irgendwelche fertig verarbeiteten Convenience-Produkte warmzumachen, sondern darum, den Menschen ein vernünftiges Lebensmittel zu präsentieren.

Was ihm in dem Zusammenhang auf die Kuhhaut gehe, so hätte er sich gewünscht, dass wirklich eine Entfesselungsdiskussion stattgefunden hätte. Das sei gar nicht eingebracht worden. Es werde so getan, als wäre man mit einem Federstrich fertig. Man müsse diese Zusammenhänge wirklich herstellen.

Auch CDU und FDP redeten gerne von der Nachhaltigkeit, von der Produktion von Lebensmitteln. Das werde regelmäßig vorgetragen. Wenn man das tue, müsse man auch die Zusammenhänge erkennen. Es gehe nicht nur darum, Tiere nachhaltig zu produzieren und das fair zu tun, sondern auch, dafür zu sorgen, dass die Lebensmittel, wenn sie gut produziert worden seien, auch den Endverbraucher genauso erreichen würden. Er könne nicht erkennen, dass jemand, der in ein Restaurant gehe, nicht wissen sollte, welche Qualität er präsentiert bekomme. Warum das nicht transparent sein solle, sei ihm völlig schleierhaft. Wenn man diese Zusammenhänge herstelle, dann müsse man eigentlich von CDU und FDP erwarten, dass sie schon im Vorfeld der Debatte so aufgeklärt sein müssten. Er setze hinter die Aktivitäten von CDU und FDP ein großes Fragezeichen.

Norwich Rüße (GRÜNE) führt aus, beide Punkte, Hygieneampel und Widerspruchsverfahren, bedeuteten ein Weniger an Informationsmöglichkeiten, an Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger. Frau Winkelmann habe in ihrem Beitrag nur die Seite der Produzenten, der Anbieter dargestellt. Es gebe aber auch die andere Seite, nämlich die der Käufer, der Verbraucherinnen und Verbraucher, die zu drei Vierteln gesagt hätten, sie hätten gerne die Hygieneampel, sie wollten mehr Informationsmöglichkeiten bekommen.

Nun werde immer gesagt, das bedeute ein Mehr an Bürokratie. Es sei im Gegenteil so, man habe vorhandene Vorschriften, die sowieso einzuhalten seien. Jetzt mache man nur nach außen sichtbar, ob das eingehalten werde. CDU und FDP gaukle den Bäckern, den Metzgern vor, dass sie jetzt alles einfacher hätten, dass sie jetzt vielleicht sogar weniger an Vorschriften einhalten müssten. Da sei überhaupt nicht der Fall. Es

bleibe alles beim Alten. Wenn man da tatsächlich etwas Sinnvolles tun wolle – da sei man sich einig –, dann sollte man bei einigen Vorschriften genau hingucken, wo denn da Entschlackungen notwendig seien. Alle führten die Gespräche mit Inhabern von Metzgereien, die dann sagten, es könne doch nicht sein, dass sie wegen einer gesprungenen Kachel ein Problem bekämen. Die Sinnhaftigkeit einzelner Vorschriften zu überprüfen, finde er total gut. Aber das Ergebnis nicht transparent zu machen, das finde er vollkommen falsch.

Widerspruchsverfahren: Er habe an der Anhörung auch teilgenommen. Es habe ein differenziertes Bild gegeben. Er bedaure sehr, dass die Widerspruchsverfahren an der Stelle nicht mehr sein sollten, denn sie seien ein niederschwelliges Angebot. Wenn man eine Klage erhebe, sei das mit ungleich höheren Kosten verbunden. Aus seiner Sicht nehme man damit Bürgerinnen und Bürgern auch Rechte. Er halte das für einen großen Fehler. Alles in allem sei das, was hier vorgestellt werde, ein Weniger an Informationsmöglichkeiten und ein Weniger an Rechten für Bürgerinnen und Bürger.

Markus Diekhoff (FDP) fasst wie folgt zusammen: Das Problem sei in Teilen richtig erkannt, es sei aber schlecht gemacht worden. Die Hygieneampel sei genau das Riesenmonster, von dem vorhin gesprochen worden sei. CDU und FDP hätten es nicht aufgeblasen, SPD und Grüne hätten es erschaffen. Das sei das Problem an der Geschichte. Man könne fragen, wen man wolle, ob Handwerk, IHK oder die DEHOGA, niemand sei mit der Geschichte zufrieden gewesen. Dass es nun im Entfesselungsgesetz stehe, sei genau richtig. Dass Herr Löcker nicht verstehe, was daran entfesselt werde, könne auch sein Problem sein. Er wisse, warum es entfessele. Das habe die Anhörung auch gezeigt. Den Aufschrei aus der Bevölkerung habe er jetzt auch nicht gehört. Scheinbar vermisse niemand dieses Riesenmonster.

Wenn man sage, dass die Kriterien falsch sein, dass eine gesprungene Fliese nach wie vor dazu führe, dass man dort eventuell an den Pranger gestellt werde, dann müsse man die Kriterien ändern, bevor man ein solches Monster schaffe. Wenn man ein neues Instrument schaffe, das dazu in der Lage sei, gerade mittelständische Betriebe aufgrund von völligen Nichtigkeiten in den Ruin zu treiben, indem man ihnen eine Farbe an die Tür hänge, was unverständlich, nicht transparent sei, weil das nämlich nicht aussage, wofür man diese schlechte Bewertung bekomme, für eine Kleinigkeit oder für eine wirkliche Verfehlung, dann sei das Instrument völlig ungeeignet. Das sei dann nämlich ein Monster. Deswegen müsse es auch weg.

Es gebe auch andere intransparente Bereiche. Alle müssten gelernt haben, dass es nicht funktioniere. Er erinnere an die Pflege, wo es zwischenzeitlich möglich gewesen sei, mit der richtigen Schriftgröße der Speisekarte für das Mittagsmenü auszugleichen, dass man Pflegefehler habe und Menschen sich im Bett wundlägen. Das seien Punkte, irgendwann gut gedacht, aber in der Umsetzung völlig verquer. Deswegen sei es richtig, dass CDU und FDP diese völlig missglückte Hygieneampel hier im Rahmen des Entfesselungsgesetzes abschaffen würden.

Rainer Deppe (CDU) ist erstaunt über die Äußerungen der Kollegen aus der SPD-Fraktion. Die Öffentlichkeit und seine Fraktion hätten immer angenommen, dass die SPD vom damaligen Minister getrieben worden sei, der unbedingt diese Trophäe „Pranger“ mit nach Hause habe bringen wollen und den Gastwirten, den Metzgern, den Bäckern etwas an die Tür kleben habe wollen. Jetzt sehe es ja so aus, als wäre die SPD der Initiator gewesen. Die Äußerungen, wie in Bäckereien, Metzgereien und Gaststätten gearbeitet werde, seien interessant. Das werde er im Protokoll nachlesen. Die SPD spreche – wie in der Vergangenheit auch der Minister – einen Generalverdacht gegen ordentlich arbeitende Handwerker und Gastronomen aus. Das mache seine Fraktion nicht mit.

Er erinnere sich gut an die Debatten, die es gegeben habe. Es hätten Anhörungen in der letzten Wahlperiode zu der Hygieneampel stattgefunden. Der damalige Staatssekretär habe einmal vorgelesen, was alles für Verstöße festgestellt worden seien. Da sei nichts in Ordnung gewesen. Dann habe er gesagt, man sei nicht in der Lage, irgendetwas zu unternehmen. Deshalb hänge man denen ein Schild an die Wand. Das sei genau der falsche Weg. Deshalb sei seine Fraktion dagegen, gegen diesen Pranger.

Die CDU sage, der Kunde, der in einer Bäckerei, in einem Metzgerladen etwas kaufe, in eine Gaststätte gehe, müsse davon ausgehen können, dass die Produkte in Ordnung seien, dass nach hygienisch vertretbaren Maßstäben auf dem Stand der Technik dort gearbeitet werde. Wenn das nicht der Fall sei und die Verstöße so gravierend seien, dass die Hygiene gefährdet sei, dann müsse der Laden geschlossen werden. Dann nütze es nichts, ein Schild an die Tür zu hängen.

Er erinnere an die Diskussion. Da gehe es darum, ob er 82 Punkte von 100 oder 83 oder 78 habe, dann rutsche man aus dem grünen Bereich in den hellgrünen Bereich. Das sei das, was die Betroffenen so aufgeregt habe und was den Bürgern und den Konsumenten überhaupt keine Produktsicherheit gegeben habe.

Dann zum Maßstab: Man habe lange darüber gesprochen. Der Verband der Lebensmittelkontrolleure habe nicht nur in der Anhörung, sondern auch in den Gesprächen dargestellt, dass der Maßstab ein Risikomaßstab sei, nämlich für die Kontrolleure zu entscheiden, ob man den Betrieb öfter oder weniger oft besuche. Herr Rüße habe das mit der Kachel angesprochen. Wenn er sehe, die Kachel sei kaputt, dann sage man ihm, er müsse zusehen, dass die Kachel wieder in Ordnung gebracht werde. Dann gehe man vielleicht etwas früher dahin als bei jemandem, wo die Kachel in Ordnung gewesen sei. Das sei der Maßstab. Das habe aber nichts damit zu tun, dass der Hygienestand schlecht sei. Das sei sozusagen ein Risikomaßstab gewesen. Den zum Maßstab für den Pranger zu machen, das habe seine Fraktion immer abgelehnt. Deshalb sei es richtig, dass das jetzt abgeschafft werde. Das habe aber nichts damit zu tun, dass der Hygienestatus, in welchem Betrieb auch immer, irgendwie zum Negativen verändert werde.

André Stinka (SPD) stellt heraus, es gehe nicht um Generalverdacht. Er habe versucht deutlich zu machen, wie CDU und FDP die Hygieneampel aufgeblasen hätten als Rettungsanker der Entfesselung in Nordrhein-Westfalen. Man habe gesehen, das